

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

19.11.2022

Schlachthöfe warnen vor Versorgungslücken beim Schweinefleisch, 15.11.2022

Das Angebot an Schweinefleisch wird in Deutschland nach Einschätzung der Schlachthof-Branche bald stark sinken, weil immer mehr Landwirte wegen hoher Kosten umsteuern oder sogar das Handtuch werfen. «Wir sehen [...] in der Menge, in der die Ställe befüllt werden und in der Sauen belegt werden, dass da weniger Fleisch in den nächsten Monaten und im Frühjahr auf uns zukommen wird», sagte der Vorstand des Verbands der Fleischwirtschaft, Hubert Kelliger, am Montag. Futtermittel und Energie hätten sich stark verteuert. Es werde «Versorgungslücken» geben - Fleisch werde nicht mehr so verfügbar sein wie früher.

Nach den Worten des Branchenvertreters wird der Verbraucher dies auch finanziell zu spüren bekommen. «Wir werden nochmal deutlich steigende Preise haben», sagte Kelliger. «Ob das 20, 30, 40 Prozent werden, kann man heute nicht beziffern - aber sie werden nochmal deutlich steigen.» Der Verband spricht für Schlachthof-Betreiber wie Tönnies, Westfleisch, Danish Crown und Vion. Die bisherigen Kostensteigerungen habe man kaum an den Handel weitergeben können, sagte Kelliger. In Verhandlungen mit dem Handel gehe es um Erhöhungen um nur 10 Cent pro Kilo, dabei müsste man eigentlich über eine Euro-Erhöhung reden.

Die Fleischbranche wirft der Bundesregierung vor, sie nicht zu unterstützen. Politische Aussagen aus Berlin, dass die Tierhaltung in Deutschland um die Hälfte gesenkt werden sollte, seien nicht hilfreich. Außerdem gehe ein solcher politischer Kurs an der Stimmung in der Bevölkerung vorbei, da 92 Prozent der Bevölkerung weiterhin regelmäßig Fleisch einkauften, sagte Kelliger.

Das verdeutliche, dass eine heimische Erzeugung wichtig sei. In der Debatte über den Klimaschutz-Nutzen von Vegetariern werde ausgeblendet, dass das Obst und Gemüse teilweise aus anderen Kontinenten komme - das sei «völlig konträr zu Nachhaltigkeitsdebatten und zum CO2-Footprint».

Quelle: proplanta.de

Landwirtschaftliche Produkte immer teurer, 15.11.2022

Die Teuerungsrate bei den Agrarpreisen ist weiter stark angestiegen. Schlachtschweine kosten 63,1 Prozent mehr. Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte haben im September ihren Anstieg noch einmal verstärkt.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis) lagen die Agrarpreise im vergangenen Monat um durchschnittlich 39,4 Prozent höher als im September 2021. Im August 2022 hatte die Veränderungsrate 34,5 Prozent betragen, im Juli 33,4 Prozent. Besonders deutlich über dem Vorjahresmonatsniveau lagen im September die Preise für tierische Erzeugnisse, nämlich um 49,1 Prozent. Bei den pflanzlichen Erzeugnissen erreichte die Veränderungsrate 21,3 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat August erhöhten sich die Preise für Agrarprodukte im Mittel um 2,5 Prozent. Im Segment der tierischen Erzeugnisse verzeichnete Destatis im September bei Milch gegenüber dem Vorjahresmonat einen Preiszuwachs um 57,5 Prozent; damit setzte sich im Jahresvergleich der Preisanstieg seit März 2021 kontinuierlich fort. Im Juli 2022 war für die Rohmilch erstmals eine Teuerung von über 50 Prozent gemessen worden.

Bei den Preisen für Tiere betrug der Preisanstieg im Vergleich zum September 2021 im Schnitt rund 43,0 Prozent. Besonders kräftig legten die Preise für Schlachtschweine zu; hier gab es ein Plus von 63,1 Prozent. Diese Erhöhung ist im Wesentlichen auf das geringere Angebot schlachtreifer Schweine bei in etwa gleichbleibender Nachfrage zurückzuführen. Die Preissteigerung bei Rindern betrug 21,1 Prozent. Beim Geflügel fiel die Teuerungsrate mit 35,5 Prozent höher aus. Ausschlaggebend hierfür waren laut Destatis insbesondere höhere Preise für Hähnchen, für die 37,8 Prozent mehr erlöst wurden als vor Jahresfrist.

Der Preisanstieg bei den pflanzlichen Produkten ist nach Angaben der Statistiker unter anderem auf Getreide zurückzuführen. Dessen Preise lagen im September 2022 um durchschnittlich 41,0 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im August hatte die Preissteigerung 39,7 Prozent betragen. Niedriger als noch vor einem Jahr waren hingegen die Erzeugerpreise für Obst, und zwar 4,7 Prozent. Dabei wurde unter anderem für Tafeläpfel ein Preisrückgang um 20,6 Prozent registriert. Teurer wurde hingegen das Gemüse; hier gab es gegenüber September 2021 einen mittleren Anstieg um 22,8 Prozent. Mit 73,0 Prozent fiel die Teuerung bei Speisekartoffeln besonders kräftig aus.

Quelle: fleischwirtschaft.de

Vollkosten: Dänen bauen Vorsprung aus, 14.11.2022

Von den sechs großen Ländern in Nordwesteuropa mit einer wichtigen Schweineproduktion hatte Deutschland im vergangenen Jahr die höchsten Produktionskosten. Das geht aus den jüngsten Auswertungen der Expertengruppe Interpig für das Jahr 2021 hervor. Demnach markierten die deutschen Schweinehalter mit Vollkosten von 1,79 € je Kilogramm Schlachtgewicht das Schlusslicht im internationalen Vergleich. Die Kosten der deutschen Schweinebetriebe liegen damit 20 Cent pro Kilogramm höher als in der Auswertung aus dem Jahr 2020.

Spitzenreiter im aktuellen Ranking der Interpig ist Dänemark mit Vollkosten von 1,46 € pro Kilogramm Schlachtgewicht für das Jahr 2021. Gegenüber der vorangegangenen Auswertung aus dem Jahr 2020 mussten die Dänen lediglich einen Kostenanstieg um 8 Cent je Kilogramm hinnehmen.

Auffallend ist auch das deutlich schlechtere Abschneiden der Spanier in der jüngsten Auswertung aus dem Jahr 2021. Denn mit Vollkosten von 1,58 € Kilogramm Schlachtgewicht nehmen die Iberer nach Dänemark und Belgien nur noch den dritten Platz im internationalen Vergleich ein. Gegenüber der vorangegangenen Auswertung mussten die Spanier einen erheblichen Kostenanstieg um 17 Cent je Kilogramm hinnehmen. Dies führen die Experten insbesondere darauf zurück, dass Spaniens Schweinehalter stark unter der neuen PRRS-Variante Rosalia leiden. Denn durch ist der Anteil verkaufsfähiger Ferkel beziehungsweise Mastschweine spürbar zurückgegangen.

Abschließend weisen die Experten der Interpig darauf hin, dass es in den vergangenen Monaten zu einer Explosion der Futterkosten in allen europäischen Ländern gekommen ist. Der künftige internationale Preisvergleich für 2022 wird damit ein deutlich höheres Kostenniveau und möglicherweise auch eine neue Rangierung der beteiligten Länder zeigen.

Quelle: susonline.de

Haushaltsausschuss genehmigt Mittel für Bundesprogramm Stallumbau, 14.11.2022

Der Haushaltsausschuss hat die Pläne des Bundeslandwirtschaftsministeriums für ein Bundesprogramm zum Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung bestätigt. Das vorgesehene Budget von einer Milliarde Euro für die kommenden vier Jahre wurde dabei allerdings auf 600 Mio. gekürzt und ist vorerst gesperrt, berichtet Agra Europe.

Geld umgeschichtet und gesperrt bis detailliertes Konzept vorliegt:

In ihrer Bereinigungssitzung vergangene Woche stellten die Haushälter für den Umbau der Tierhaltung nun insgesamt 600 Mio. Euro für die kommenden vier Jahre bereit. Das Geld einschließlich der ersten Tranche von 150. Mio. Euro für 2023 wird aus der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) in das Bundesprogramm übertragen. Allerdings hat der Ausschuss die Mittel zunächst gesperrt. Bevor sie freigegeben werden, muss das Bundeslandwirtschaftsministerium nach Beschluss der Haushälter ein detailliertes Konzept vorlegen.

Haushaltsausschuss will künftig mehr Transparenz bei Verwendung von Bundesmitteln:

Generell will der Haushaltsausschuss künftig mehr Einfluss auf die Verwendung der GAK-Mittel und zugleich größere Transparenz auf Länderebene schaffen. Das Bundeslandwirtschaftsministerium muss künftig vor Beschlüssen mit den Ländern über die GAK-Förderung dem Ausschuss die Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Die Bundesländer werden umgekehrt in die Pflicht genommen, mehr Daten zu einzelnen Vorhaben insbesondere des ländlichen Raumes und zur Verwendung der Bundesmittel zu übermitteln.

Union äußert Kritik:

Die SPD-Berichterstatterin für den Agrarhaushalt, Esther Dilcher, zeigte sich zufrieden mit den Ergebnissen der Bereinigungssitzung. Insbesondere sei es gelungen, eine Reform der GAK anzustoßen und ein Bundesprogramm Stallumbau auf den Weg zu bringen. Enttäuscht äußerte sich die Union. Deren Berichterstatter Josef Rief bezeichnete die Bereitstellung von 150 Mio. Euro für 2023 als völlig unzureichend, zumal aus den Investitionsgeldern nun auch noch laufende Kosten der Umstellung bezahlt werden sollen. Damit ist das Projekt Tierwohl durch Stallmodernisierung zum Scheitern verurteilt, für das insgesamt mehr als 10 Mrd. Euro nötig wären, kritisierte der CDU-Politiker.

Quelle: schweine.net

Tierhaltungskennzeichen: Wirtschaftsinitiative warnt vor "Tierwohlkiller"-Effekt, 14.11.2022

Vor Beginn der weltweit größten Tierhaltungsmesse Eurotier in Hannover wird massive Kritik an dem von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir geplanten Tierhaltungskennzeichen laut. Robert Römer, Geschäftsführer der privatwirtschaftlichen Initiative Tierwohl (ITW), sagte der "Neuen Osnabrücker Zeitung": "Wenn das Gesetz in der aktuell vorgesehenen Version kommt, wird das ein Tierwohlkiller." Sämtlichen bestehenden Programmen würde mit den Plänen der Bundesregierung die Daseinsberechtigung entzogen. "Hier wird alles, was in Sachen Tierwohl aufgebaut wurde, plattgemacht", sagte Römer.

Bei der ITW bekommen Bauern einen vertraglich zugesicherten Aufpreis, wenn sie ihre Tiere besser halten. "In der Initiative Tierwohl haben wir 27 Millionen Mastschweine und 15 Millionen Ferkel", sagte Römer. Manchen Kritikern seien die Fortschritte in den Ställen vielleicht zu klein. "Aber immerhin sind wir vorangegangen. Das Kennzeichengesetz wird diese Erfolge rückabwickeln", so der Geschäftsführer. Er mahnte, der Plan der Bundesregierung werde Schweinefleisch in Deutschland inmitten der aktuellen Wirtschaftskrise weiter verteuern. "Das Kennzeichen wird der Sargnagel für die Schweinehaltung in Deutschland", so Römer.

Nach dem Plan von Cem Özdemir soll bald auf Schweinefleisch-Verpackungen im Supermarkt zu erkennen sein, wie das Mastschwein gelebt hat. Fünf Stufen sollen den Verbraucher darüber informieren: Stufe 1 spiegelt den gesetzlichen Standard wider, Stufe 5 entspricht der Bio-Haltung. Der entsprechende Gesetzentwurf aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium muss noch den Bundestag passieren.

Quelle: animal-health-online.de

Bei mehreren Veranstaltungen im Rahmen der diesjährigen EuroTier in Hannover betonten verschiedene Referenten, dass der aktuelle politische Stillstand bei der Festlegung von Rahmenbedingungen für die Tierhaltung in Deutschland dringend aufgelöst werden muss. Die Wettbewerbsfähigkeit der Tierhaltungsbetriebe muss dringend wieder hergestellt werden.

Planbare Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft - insbesondere für die Tierhalter – mahnte laut Agra Europe unter anderem der Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Hubertus Paetow, an. Das Innovationssystem in unserem Sektor ist so stark und leistungsfähig, dass es die passenden Antworten auf die Fragen liefert, die die Gesellschaft berechtigterweise an die Tierhaltung stellt. Veränderung unter Druck muss aber planbar unterstützt werden, betonte Paetow auf einer Veranstaltung zur Verleihung der Innovation Awards im Rahmen der EuroTier.

Paetow: Schweinehalter sind bereits in Vorleistung gegangen:

Paetow kritisierte, dass weder die zukunftsorientierten und vor allem gesellschaftlich breit abgestimmten Vorschläge der Borchert-Kommission noch die Rahmenbedingungen für eine verlässliche Investition in nachhaltige Zukunftstechnologien auf die Spur gesetzt worden seien. Das sei für die Wettbewerbsfähigkeit der Tierhaltungsbetriebe ein Desaster. Es lägen gute Konzepte auf dem Tisch, und große Teile der Schweinehaltungsbranche seien bereits in Vorleistung gegangen und hätten in einen modernen Stallbau oder Stallumbau investiert.

Köckler fordert Leitplanken für zukunftsfähige Nutztierhaltung:

Dr. Dirk Köckler, Vorstandsvorsitzender der Agravis Raiffeisen AG, unterstrich laut AgE bei einer Pressekonferenz: Wir erleben zurzeit eine politische Zeitenwende. Die Rahmenbedingungen mit dem Ukraine-Krieg und seine Folgen für die Agrar- und Energiemärkte, die vielfältigen Kostensteigerungen sowie die angespannte Lage bei Lieferketten und Logistik seien fordernd und prägten eine Phase der Knappheit. Dies alles zeigt, welch hohen Stellenwert die Versorgungs- und Ernährungssicherheit in Deutschland und auf der Welt hat, die eine ähnliche Relevanz wie diejenige für die Energieversorgung oder die Sicherheit besitzt, so Köckler.

Der Vorstandsvorsitzende forderte in dieser herausfordernden Situation von der Politik, stabile Leitplanken zu setzen, die der Landwirtschaft sowie den vor- und nachgelagerten Bereichen eine dauerhafte wirtschaftliche Perspektive bieten. Dies gelte insbesondere für Schweinehalter, die schon länger solche Perspektiven vermissten und Betriebe aufgäben. Als großer Futtermittelproduzent stehe Agravis zu einer tierwohlgerechten Haltung, die in einem gesamtgesellschaftlichen Konsens erreicht werden sollte. Es liegen dazu praktikable Vorschläge der Borchert-Kommission auf dem Tisch. Sie sind bis heute nicht umgesetzt, weil es an der hinreichenden Finanzierung hakt, monierte Köckler.

Quelle: schweine.net



USDA erwartet größte globale Weizenhandelsmenge aller Zeiten, 13.11.2022

Das amerikanische Landwirtschaftsministerium (USDA) geht in seinem aktuellen Bericht der "World Agricultural Supply and Demand Estimates (WASDE) von einer Handelsrekordmenge von 208,7 Mio. t Weizen aus. Im Oktober waren noch 300.000 t weniger erwartet worden. Für 2021/22 wird die international gehandelte Weizenmenge auf 202,8 Mio. t veranschlagt.

Vor allem die Weizenausfuhren Australiens, Kasachstans und des Vereinigten Königreichs dürften nach Einschätzung der Washingtoner Beamten höher ausfallen als bislang erwartet und den prognostizierten Rückgang der argentinischen Ausfuhren mehr als ausgleichen.

Die Weizenexporte der Ukraine und Russlands sehen die Fachleute im laufenden Wirtschaftsjahr unverändert bei 11 Mio. t und 42 Mio. t; das wären 7,8 Mio. t weniger beziehungsweise 9 Mio. t mehr als 2021/22. Derweil beziffert das US-Agrarressort die Weizenausfuhren der EU für 2022/23 auf voraussichtlich 35 Mio. t; das wären 3,1 Mio. t oder 9,7 % mehr als im Vorjahr. [...]

Deutlich weniger Mais aus der Ukraine:

Derweil veranschlagt das USDA das Welthandelsvolumen an Mais für 2022/23 jetzt auf 183,5 Mio. t. Das entspricht gegenüber der vorherigen Prognose einem Abschlag von 1,3 Mio. t wegen voraussichtlich geringerer Exporte argentinischer und südafrikanischer Ware. Der internationale Maishandel im vergangenen Wirtschaftsjahr belief sich noch auf schätzungsweise 193 Mio. t. Wie beim Weizen beließen die Washingtoner Beamten auch beim Mais ihre Exportprognose für die Ukraine hinsichtlich der aktuellen Vermarktungssaison unverändert, nämlich bei 15,5 Mio. t. In der vergangenen Kampagne hatte das kriegsgeschüttelte Land noch 27 Mio. t Mais ins Ausland verkauft.

EU-Maisimport auf hohem Niveau:

Derweil sieht das USDA den Maisimport der Europäischen Union für 2022/23 auf dem Vorjahresniveau von 20 Mio. t. Wie die Fachleute mit Blick auf die Herkünfte der EU-Maislieferungen ausführen, wurde von Juli bis September 2022 eine Rekordmenge von 4,2 Mio. t Mais aus Brasilien bezogen. Begründet wird dies mit dem dürrebedingt kräftigen Rückgang der Maiserzeugung in der Gemeinschaft auf schätzungsweise 54,8 Mio. t, nach noch 71 Mio. t im vergangenen Jahr. Zwar dürfte der Maisverbrauch der Gemeinschaft in der laufenden Vermarktungssaison voraussichtlich um 8,2 Mio. t auf 74,7 Mio. t abnehmen. Dennoch bleibe die Maisnachfrage der Union am Weltmarkt stark, so das USDA. Seit 2016/17 sei Brasilien der wichtigste Maislieferant der Union - bezogen auf den Zeitraum Juli bis September - und gut positioniert, um seine Exporte auszuweiten. Begründet wird dies mit Kostenvorteilen in der Erzeugung und wahrscheinlich rückläufigen Maisexporten "traditioneller" Lieferanten wie Serbien und Kanada. [...]

Quelle: proplanta.de

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 51,00 EUR

(21.11.22 – 27.11.22)

Vorwoche: 48,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 1,90 EUR

(16.11.2022)

Vorwoche: 1,90 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH Kulmbacher Str. 17 96197 Wonsees

www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld An der Hessenhalle 1 36304 Alsfeld www.sta-alsfeld.de



Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.